

Herzlicher Aufruf, in den VPOD einzutreten!

Noch immer prägt die Pandemie unser Alltagsleben, sodass ich mich mit der Kollegin und Sekundarlehrerin Martha Marx auf Zoom verabrede.



Bevor sie Lehrerin wurde, hat Martha Marx erst einmal in Eichstätt und Bern Europastudien bzw. Theaterwissenschaften und Germanistik studiert und war anschliessend in verschiedenen Funktionen am Theater Basel tätig. Fünf Jahre arbeitete sie dort und anderswo als Regieassistentin, übernahm bei Veranstaltungen die Produktionsleitung und führte in der kleinen Spielstätte oder im Foyer eigene Stücke auf. Bereits von klein an lernte die gebürtige Hamburgerin die Welt der Kultur kennen und beschäftigte sich mit Politik. Kein Wunder, dass ihre eigenen Stücke etwa den Arabischen Frühling oder den Rechtsrutsch in Ungarn thematisierten.

Als Martha klar wurde, dass sie nicht auf Dauer im Kulturbereich arbeiten wollte, orientierte sie sich beruflich neu und entschied sich für ein zweites Studium: Sekundarlehrerin mit den Fächern Deutsch, Französisch, Englisch und Ethik-Religionen-Gemeinschaft an der PH Bern, das sie im Juni 2020 mit dem Master-Diplom abschloss.

Herausforderung Berufseinstieg

Nach ein bis zwei Semestern hatte Martha bereits eine Stelle als Klassenleiterin an einem Basler Schulhaus übernommen. Ein solcher Berufseinstieg während des Studiums ist eine grosse Herausforderung mit enormen Arbeitslasten, so Martha. Inzwischen merke sie, wie ihr Unterricht von dem Zugewinn an Erfahrung profitiert und sie ruhiger und sicherer geworden ist. Sie hat Freude am Kontakt mit den jungen Menschen, besonders liegt ihr der Sprachunterricht: «Ich fühle mich am richtigen Platz. Ich habe das Gefühl, meine Fähigkeiten einsetzen zu können.»

Doch in ihren dreieinhalb Jahren als Klassenlehrerin hat Martha auch schon einiges erlebt. Zwanzig Pubertierende zu unterrichten sei nicht immer einfach; oft hätten diese Schwierigkeiten sich zu motivieren und zu konzentrieren. In der Unterrichtsrealität stosse man selbst mit den raffiniertesten didaktischen Methoden an Grenzen, wenn die Teenager alles andere lieber tun als lernen. Obwohl das Studium an der Pädagogischen Hochschule insgesamt durchaus gut und hilfreich war, kam dieser Aspekt zu kurz. In der Regel wurde stets davon ausgegangen, dass die Schüler*innen

lernen wollen und man ihnen nur zeigen müsse, wie sie dies am besten bewerkstelligen. So auf sich selbst gestellt, steigt auch der Erfolgsdruck der Lehrpersonen an. Gute Erfahrungen machte sie damit, Unterrichts- und Lernprobleme offen mit der Klasse zu besprechen und gemeinsam Lösungen zu finden, wie die Einführung von mehr Bewegungsmöglichkeiten und Halbklassenunterricht im Gruppenraum mit selbständigem Arbeiten.

Eine andere Herausforderung seien Schüler*innen mit spezifischem Förderbedarf bei Hörbeeinträchtigungen, ADHS oder psychischen Problemen. Sie habe es auch bereits erlebt, dass Schüler fluchen, schreiend am Boden liegen, aggressiv werden, Stühle werfen und sogar zündeln. Bei solchen Problemen werden die Lehrpersonen zu stark alleingelassen. Zu oft führen Abklärungen mit der Schulleitung, den Eltern und dem Schulpsychologischen Dienst dazu, dass man dem Schüler wieder und wieder «noch eine Chance geben möchte». Doch ohne Massnahme ginge alles weiter wie bisher. Dem Schüler/der Schülerin könne so nicht geholfen werden, die Mitschüler*innen werden beeinträchtigt und die Lehrpersonen überlastet. Martha möchte die Verantwortlichen im Erziehungsdepartement und im Schulpsychologischen Dienst gerne einmal einladen, für zwei Wochen am Schulalltag teilzunehmen. Aus der Schreibtischperspektive könne nicht immer erfasst werden, welche Ressourcen und Entscheide es braucht.

Demokratische Schule für mündige Bürger*innen

Als Lehrerin möchte Martha die Jugendlichen dabei unterstützen, selbständig zu denken und zu mündigen Bürger*innen zu werden. Doch sie zweifelt auch, ob die Schule der richtige Ort für die Umsetzung ihres Ideals ist. Das System mit Noten, Leistung, Selektion ist zumindest nicht immer hilfreich: «Noten sagen über einen Jugendlichen nicht wirklich etwas aus.» Das bürokratische Korsett, mit dem die Lehrpersonen angehalten werden stets zu überwachen, wo welche Schüler*in wann steht und den Eltern entsprechende Rückmeldungen zu geben, nimmt immer mehr Zeit in Anspruch. Diese fehle dann für die Gestaltung des Unterrichts.

Auch die hierarchischen Strukturen an den Schulen sind hinderlich. Ihre älteren Kolleg*innen kennen noch die Zeiten vor Einführung einer professionellen Schulleitung, als deren Aufgaben von einer Lehrperson als «prima inter pares» wahrgenommen wurden. Auch wenn sie sich mit ihren Schulleitern gut versteht, so sind sie doch ihre Chefs. Wenn Lehrpersonen die Freiheit hätten, untereinander frei bei Unterrichtsprojekten zu kooperieren, würden auch die Schüler*innen stark profitieren. Für eine solche freie Zusammenarbeit brauche es Zeitgefässe, auf die die Lehrpersonen bei Bedarf zurückgreifen können. Eine Zusammenarbeit, die sich aus der Logik und Dynamik des Lernens ergebe, sei erfolgreicher als eine Anordnung von oben – letztere bewirke vor allem, dass die Zusammenarbeit von den Beteiligten als zeitraubender Zwang empfunden werde.

Ein weiteres Anliegen von Martha ist es, dass sich die Klassenteams in Unterrichtsfragen untereinander besser austauschen. Und auch wenn die Schulleitung Anregungen durchaus aufgreift, würde sie es begrüessen, wenn die Lehrpersonen sich stärker für ihre Interessen engagieren würden.

Gemeinsam als Gewerkschaft handeln!

Martha vermutet, dass die Bereitschaft der Schulleitung steigen würde, wenn die Lehrpersonen Forderungen gemeinsam stellen und im Kollegium untereinander ein stärkerer Rückhalt wäre. Im Moment scheuen wohl einige das Austragen von Konflikten mit der Schulleitung, aus Angst vor etwaigen Konsequenzen für die eigene Arbeit. Weil dies nicht angeht, formuliert Martha einen Aufruf:

«Wir können unsere Interessen besser vertreten, wenn wir uns zusammenschliessen. Dafür müssen wir möglichst viele sein. Herzlicher Aufruf an alle Kolleg*innen, der Gewerkschaft Erziehung im VPOD beizutreten!»

Ein Sachthema, das die Basler VPOD-Lehrpersonen stark diskutieren und bearbeiten, ist die Digitalisierung. Im Rahmen des Projekts «Digitalisierung der Volksschule» bekommen in Basel-Stadt nächstes Schuljahr alle Fünft- und Sechstklässler*innen ein persönliches «detachable», also ein mobiles, internetfähiges Gerät. Ein Jahr später nehmen die Übertreten-

den dieses dann an die Sekundarschule mit. Auch alle Lehrpersonen bekommen eines. Das ED hat eine Nutzer*innengruppe für die Lehrpersonen und Schulleitungen eingerichtet, in der diese aktuelle Informationen erhalten und zu einzelnen Fragen Rückmeldungen geben können. Auch Martha ist dabei. Gemeinsam mit dem Vorstand der Gewerkschaft Erziehung plant sie aus diesem Anlass gerade eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel «Was macht die Digitalisierung mit uns?». Stattfinden soll diese jedoch erst, sobald wieder

öffentliche Veranstaltungen mit physischer Präsenz möglich sind. Das Thema sei zu wichtig, als dass wir es uns leisten können, wie im Basler Schulblatt nur die positiven Seiten anzusprechen. Es gelte die Chancen und Gefahren sorgfältig zu prüfen.

Was die Pandemie betrifft, so ist Martha zumindest froh, dass im laufenden Schuljahr bisher Präsenzunterricht mit persönlichem Kontakt stattfinden konnte. Obwohl die gegenseitige Wahrnehmung auch durch die mittlerweile eingeführte Maskenpflicht ein-

geschränkt ist, sei dies immer noch besser als Fernunterricht. Für die Schüler*innen ist dies jedoch unterschiedlich, so Martha: Während manche während des Lockdowns im Frühjahr 2020 das Lernen einstellten, blühten einzelne, eher introvertiertere sogar auf, weil sie nun besser in ihrem eigenen Tempo lernen konnten. Auch hinsichtlich Digitalisierung gibt es also keine einfachen Antworten, aber grossen Bedarf an gewerkschaftlichem Engagement. ■

Text: Johannes Gruber

Investitionen in die Zukunft

Bemerkungen zur Frühen Förderung im Kanton Basel-Stadt seit 2003.¹

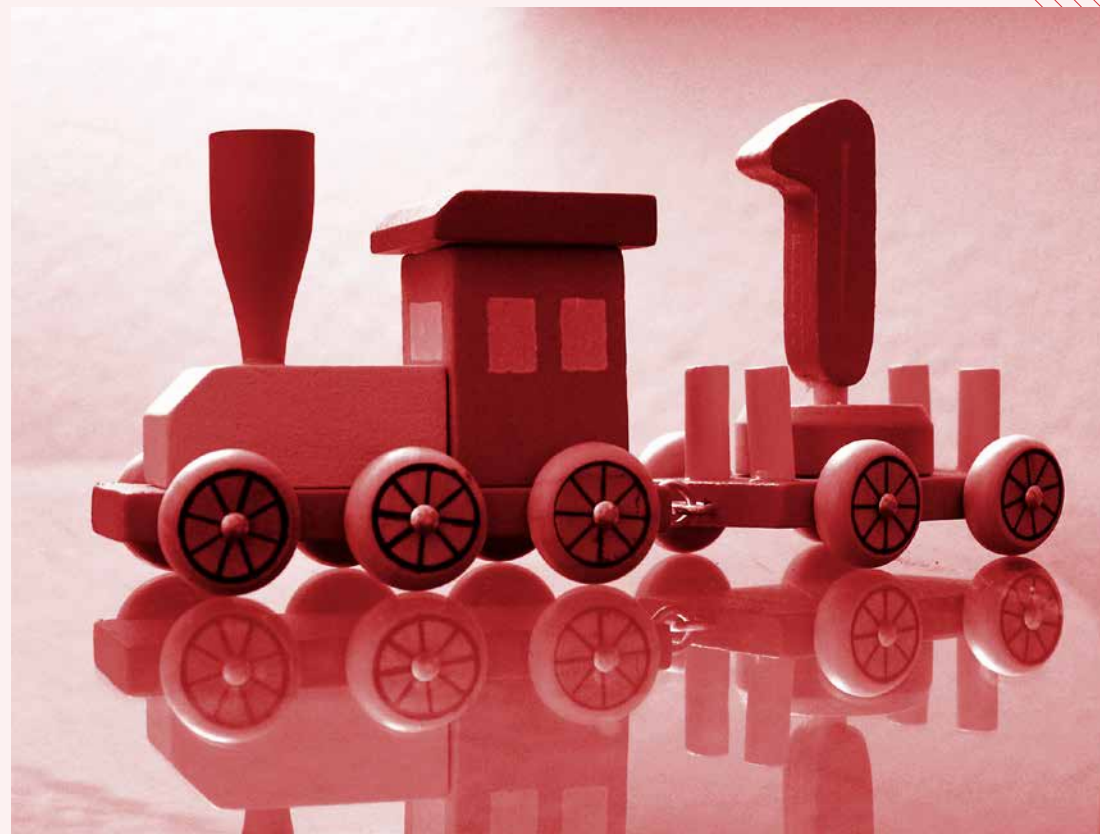
Bereits im 2003 forderte die ehemalige Ständerätin Anita Fetz, damals als Grossrätin, die Einführung von Frühkindergärten in Basel-Stadt nach dem «Tessiner Modell». Die Regierung lehnte diesen Vorstoss mit der Begründung ab, dass dies für den Kanton einen Kultur- und Strukturwandel bedeuten würde und gegen 43 Millionen Franken kosten würde. Dies noch ohne nötig werdende Investitionen für Bauten und Infrastruktur. Die Regierung liess aber dennoch verlauten, dass es «fachlich unbestritten sei, dass sich mit staatlich institutionalisierter Frühförderung das Bildungspotenzial von Kindern aus bildungsfernen Familien besser ausschöpfen lässt.»

Im 2005 forderte die damalige Grossrätin Doris Gysin in einem Vorstoss, dass die Regierung der Frühförderung bzw. der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorkindergarten eine Priorität einzuräumen habe sowie eine Öffnung der Tagesheime für das Jahr vor dem Eintritt in den Kindergarten. Zahlreiche weitere politische Vorstösse zu diesem Thema folgten.

Ziele und Konzept

Im 2009 schaffte es der Frühbereich als Schwerpunkt in den Politikplan 2009-2012 mit folgenden Zielen:

- Alle Kinder haben die Chance, ihr seelisches, geistiges und körperliches Potenzial von Geburt an auszuschöpfen.
- Familien bzw. Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder besonderen Problemlagen



werden frühzeitig erkannt, sodass für diese Zielgruppe adäquate präventive oder therapeutische Interventionen eingeleitet werden können.

- Gesundheitliche Probleme wie Übergewicht, Karies, Bewegungsarmut und verzögerte Entwicklung nehmen ab.
- Alle Mütter und Väter von Kindern im Vorschulalter sind adäquat (Informationsmittel, Sprache) über das Gesundheitssystem und das

Beratungs- und Bildungsangebot informiert.

- Alle Eltern, Erziehungsberechtigte sowie Betreuungspersonen verfügen über Basiskompetenzen bezüglich der emotionalen, gesundheitlichen, sozialen und kognitiven Förderung von Kleinkindern.
- Kinder mit unterschiedlicher sozialer, kultureller und sprachlicher Herkunft haben bei Eintritt in den Kindergarten gleiche Bildungschancen.

¹ Ich beziehe mich auf diverse politische Vorstösse und die darin gemachten Aussagen von Bildungspolitiker*innen im Kanton Basel-Stadt, auf Aussagen des Erziehungsdepartements sowie auf die Analyse von Prof. Dr. Martin Hafen von der Hochschule Luzern. Meine Ausführungen haben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und sind meine ganz persönliche Sicht.

Es wurde ein Konzept von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe «Frühbereich» erarbeitet. Dazu gab es vier Themenbereiche:

1) Prävention und Gesundheitsförderung im Frühbereich

Ein wichtiger Teil der Präventionsarbeit wie frühe Erkennung und Beratung von Eltern wird von den Kinderärztinnen und Kinderärzten und der Mütter- und Väterberatung wahrgenommen. Letztere soll im Rahmen der Gesamtkonzeption des Frühbereichs ausgebaut werden. Themen im Frühbereich wie die Förderung der Gesundheitsvorsorge (indirekt und direkt), die verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung und Erhöhung der Erziehungskompetenz in Gesundheitsfragen oder auch die Schaffung von Angeboten im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (Support von Fachstellen, Elternangebote, Abklärungsmöglichkeiten) werden in Kooperation mit dem Kanton erarbeitet.

«Frühe Förderung ist eine Investition in den Kanton Basel-Stadt und in die Zukunft unseres Landes, die sich nicht nur ökonomisch auszahlen wird.»

2) Elternbildung im Frühbereich

Ein Konzept zur Elternbildung mit Fokus auf den Frühbereich wird erarbeitet. Dieses hat zum Ziel, dass Eltern und Erziehungsbererechtigte mindestens über Basiskompetenzen bezüglich der emotionalen, gesundheitlichen, sozialen und kognitiven Förderung von Kleinkindern verfügen; Mütter und Väter von Kindern im Vorschulalter sind adäquat über das Beratungs- und Bildungsangebot informiert; Zugänge zu den Angeboten werden optimiert.

3) Verbesserung des Zugangs zu spezifischen Zielgruppen im Frühbereich

Besonders benachteiligte Familien und Familien bzw. Kinder mit speziellen Bedürfnissen müssen erreicht werden und es müssen ihnen die Zugänge zu den Angeboten offenstehen. Die Arbeiten in diesem Bereich beinhalten unter anderem die Entwicklung niederschwelliger Förderungsangebote wie «schrittweise». Zentral für diese Arbeit ist namentlich die Kooperation mit den Quartiertreffpunkten und weiteren privaten Angeboten.

4) Bildung und Betreuung im Frühbereich

Die frühe Förderung findet auch in der familienergänzenden Tagesbetreuung statt. Das Umdenken – weg vom reinen Betreuungsgedanken und hin zur Bildung bzw. frühen Förderung – wird forciert. In diesen Bereich gehört auch das Konzept «Sprachförderung für Dreijährige». Nebst dem Qualitätsaspekt in der familienergänzenden Tagesbetreuung soll auch der Ausbau der Tagesbetreuung weitergeführt werden. Dies beinhaltet neben der Schaffung zusätzlicher Plätze zudem den Ausbau der Tagesstrukturen für schulpflichtige Kinder; somit werden bei den Tagesheimen Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter frei.

Forderungen und Massnahmen

2007 forderte der heutige Nationalrat Mustafa Atici die Einführung von Vorkindergärten in Basel-Stadt. Er argumentierte, dass sich der Fokus von Kinderkrippen und ausserfamiliärer Tagesbetreuung zu Früh- oder Vorkindergärten verschiebe, in denen auf kindgerechte, spielerische Art wichtige Lernvoraussetzungen entwickelt würden. Eine Frühförderung in diesem Sinne ist kein Familienersatz, sondern ein neues Bildungsangebot, das allen Familien offenstehen sollte. Alle Kinder sollten davon profitieren können, diejenigen, die bisher zu kurz kommen, am Allermeisten. Er verlangte unter anderem, dass der Vorkindergarten als weitere Form einer Schule für allgemeine Bildung genannt wird.

Der Grossratsbeschluss «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten» ermöglichte, dass Familien zum ersten Mal für den August 2013 verpflichtet werden konnten, Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen im Jahr vor dem Kindergarten für mindestens zwei halbe Tage in der Woche in eine auf Deutsch geführte familienexterne Einrichtung zu schicken. Basel-Stadt war bislang der einzige Kanton, der eine solche Massnahme eingeführt hatte. Erfahrungen aus anderen Kantonen lagen dementsprechend keine vor. Bis zur Einführung des selektiven Obligatoriums bestand für fremdsprachige Kinder, die in ihrem Umfeld keinen Kontakt zur deutschen Sprache haben, kein verbindliches Angebot, um diesen Nachteil im Hinblick auf die Schulzeit auszugleichen.

Aktuelle Empfehlungen

Im 2019 erschien die Analyse der Frühen Förderung im Kanton Basel-Stadt und Entwicklung einer kantonalen Strategie. Das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt erteilte Prof. Dr. Martin Hafen von der Hochschule Luzern den Auftrag, die frühe Förderung im Kanton zu analysieren. Diese Analyse sollte als Basis dienen für die Entwicklung einer kantonalen Strategie der frühen Förderung, verbunden mit der Zielsetzung die verschiedenen Teilbereiche auch

organisatorisch näher zusammenzuführen. Damit sind wichtige Grundlagen erarbeitet worden, um weitere Schritte zu machen und Entscheidungen treffen zu können.

Der Bericht hält folgende Kernpunkte fest:

- Die Versorgungslage der Frühen Förderung im Kanton Basel-Stadt ist im Schweizer Vergleich gut. In den letzten 15 Jahren wurden grosse Anstrengungen unternommen, um das zu erreichen.

- Dieser positive Befund wird relativiert durch den Umstand, dass die Schweiz bezüglich der Ausgestaltung des Frühbereichs (vor allem im Bereich der familienergänzenden Bildung und Betreuung) sehr schlecht dasteht.

- Diese Erkenntnis relativiert die positive Einschätzung der Situation im Kanton Basel-Stadt und wird bestätigt durch die umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Bedeutung der frühen Kindheit für die psychosoziale und gesundheitliche Entwicklung eines Menschen, welche die Grundlage für die hier diagnostizierten Lücken und Ausbaupotenziale bildet.

- Entsprechend wird dem Kanton Basel-Stadt empfohlen, eine evidenzbasierte und zukunftsweisende Strategie der Frühen Förderung zu entwickeln, die nicht nur den einzelnen Kindern und ihren Familien, sondern auch der Schule, der Wirtschaft, dem Sozialwesen, dem Gesundheitswesen und der Integrationspolitik zugutekommt.

- Diese Strategie empfiehlt den Aufbau auf dem bisher Erreichten und umfasst vier Kernpunkte:

- Verbesserung der Qualität im Bereich der familienergänzenden Bildung und Betreuung.
- Verstärkung der Bemühungen zur Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen.
- Aufbau einer Stelle der familienzentrierten Koordination und Unterstützung dieser Familien.

- Zusätzliche Unterstützung aller Familien auf struktureller Ebene.

- Entsprechend verfolgt die Strategie einen doppelten Fokus: Die Verbesserung der Situation aller Familien und zusätzliche Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen, hervorgerufen durch Mehrfachbelastungen, soziale Benachteiligung oder einen Migrationshintergrund.

- Frühe Förderung ist eine Investition in den Kanton Basel-Stadt und in die Zukunft unseres Landes, die sich nicht nur ökonomisch auszahlen wird, sondern auch in Hinblick auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, die Gestaltung der Demokratie und die Schaffung von mehr Chancengleichheit. ■

Text: Kerstin Wenk